

# Calmer Tagblatt

Nr. 63.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Verlagspreis: 6 Mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. Restanten 2. — Bei Sammelangelegenheiten ein Zuschlag von 100% —, erlöst. u.

Donnerstag, 17. März 1921.

Wegungspreis: In der Stadt mit Tax. etwa 20 Pf. 12 Pf. wie sonst. Postenpreis 20 Pf. 12 Pf. wie sonst. — Einlag der Anzeigenannahme 4 Uhr vorzulegen.

## Zu straff gespannt, zerpringt der Bogen . . .

A. P. Der sehr ehrenwerte englische Premierminister Lloyd George hat im Lauf der letzten Londoner Konferenz die Aeußerung getan, daß die Ententegeossen selbst ein großes Interesse an einem freien und glücklichen Deutschland hätten, wovon dieses allerdings noch sehr weit entfernt sei. Lloyd George ist zweifellos ein Mann, der über bedeutende Gesinnungen verfügt. Man kann ihm daher nicht den Vorwurf machen, daß ihm etwa Mangel an gesundem Menschenverstand diese Aeußerung in den Mund gelegt hat, wohl aber kann man aus dieser Bemerkung schließen, wie hoch er das Begriffsvermögen derer einzuschätzen beliebt, an die diese Aeußerung gerichtet war, denn wohl selten hat die Rede eines Mannes mit seinen Handlungen in kräftigerem Widerspruch gestanden, als hier.

Hast du den Wunsch, daß man dir glauben soll,  
Dann, bitte, nimm den Mund nicht gar so voll,  
Und denk daran, daß hier wie überall  
Die Tat ist Trumpf, das Wort nur leerer Schall.

Wie hat man so verzweifelte Anstrengungen gemacht, ein großes, arbeitsames und geistig hochstehendes Volk zu vernichten und den eigenen Interessen zu opfern, als es jetzt von Seiten der Entente Deutschland gegenüber geschieht. Jedes Mittel ist recht, wenn es nur unsere Feinde auf dem Wege zu diesem Ziel einen Schritt vorwärts bringt. Da werden die unsinnigsten Forderungen aufgestellt, die ein Mensch von nur mäßigem Begriffsvermögen als unerfüllbar erkennen muß, ganz ohne Frage in der sicheren Erwartung, daß Deutschland sie ablehnt, um dann der Welt glauben machen zu können, daß es nur am schlechten Willen des deutschen Volkes liegt, wenn nicht endlich Ruhe und Frieden in Europa einkehrt. Dabei kann gar kein Zweifel obwalten, daß die wahren Rufschänder in Frankreich und England zu suchen sind. Würde des grausamen Spieles und in Verbergung des Grundzweckes: „Lieber ein Ende mit Schreien, als ein Schreien ohne Ende“ hat sich das deutsche Volk endlich dazu aufgerafft, die wahnsinnige Erpressungspolitik, die in den Pariser Beschlüssen zum Ausdruck kommt, nicht gutzuheißen. Es war wirklich allerhöchste Zeit, der Entente zu Gemüte zu führen, daß Deutschland nicht länger gewillt ist, sich zum Spielball ihrer Launen herzugeben und alles zu bewilligen, was man im toßen Siegerübermut von ihm fordert. Ist es doch ein geradezu ungeheures Verlangen, Menschen für eine Tat verantwortlich und haftbar machen zu wollen, denen der unanfechtbare Beweis ihrer absoluten Unschuld zur Seite steht, weil sie zur Zeit dieser Tat überhaupt noch nicht lebten. An dem Grundgesetz, noch Ungeborene für die Handlungen ihrer Eltern nicht haften zu lassen, hat man von jeher festgehalten, sofern darüber Menschen zu bestimmen hatten, die nicht auf der alleruntersten Kulturstufe standen. An einer an der Erinnerung Alexander II. von Rußland beteiligten und deshalb zum Tode durch den Strang verurteilten Rißikoffin wurde beispielsweise die Strafe deshalb nicht vollzogen, weil sie sich in anderen Umständen befand, und man dem menschlichen Empfinden Raum gab, das werdende Kind mit der Mutter nicht dem Tode zu überantworten. Von derartigen Gefühlsbuseleien scheinen aber die Gewalthaber in Frankreich und England nicht angekränkt zu sein. Mit kalter Nachgiebigkeit man nach Mitteln und Wegen, um nicht nur die jetzige Generation, sondern auch die Kinder und Kindeskinde vor den Triumphwagen der Entente zu spannen und sie zu harter Fronarbeit zu zwingen. Derartige Unmenschlichkeiten müssen sich früher oder später rächen. Not macht erfinderisch. In Kriegen der Zukunft werden Gewehre und Kanonen wahrscheinlich nicht mehr die wichtigsten Wehrmittel darstellen. Eine einzige große Erfindung auf kriegstechnischem Gebiet kann über Nacht ein entwaffnetes und wehrlos gemachtes Volk zu einem furchtbaren Gegner herantreiben lassen und ihm die Ueberlegenheit über eine waffenstarrende Nation sichern. Das sollten sich auch unsere Feinde hinter Ohr schreiben, zumal ja gerade das deutsche Volk in letzter Zeit genügend bewiesen hat, daß es bezüglich der Erfindergabe seinen Gegnern über ist. Gegen jedes Recht und Gesetz nimmt sich die Entente neuerdings heraus, deutsche Ortschaften mitten im sogenannten Frieden zu besetzen. Dabei rechnen die Franzosen jedenfalls auf eine Durchdringung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit ihrer durchaus fadensteichigen Kultur und mit einer späteren Angleichung dieser Gebiete an Frankreich. Wenn sie sich dabei nur nicht gründlich verpekulieren, denn mit ihren Absichten liefern sie den Beweis, daß sie den deutschen Volkscharakter ganz falsch einschätzen. Druck erzeugt Gegendruck. Das deutsche Volk hat sich aber niemals größer erwiesen und ist sich seiner Zusammengehörigkeit niemals mehr bewußter gewesen, als in Zeiten bitterer Not. Wenn unsere Feinde glauben mit Drangsalen das deutsche Volk kleinzu kriegen, so dürften sie sich vielleicht auch vom Gegenteil überzeugen dürfen. Sie werden das deutsche Volk um so fester zu einem Stahl-

harten Block zusammen schmieben, je eifriger sie seine Zerstückelung und Unterdrückung betreiben. Ruhe und Geduld wollen wir den wahnwütigen Anstrengungen unserer Feinde entgegenstellen. Lassen sie doch zuerst gründliche Arbeit für die sichere Erneuerung des schwergeprüften deutschen Volkes.

## Dunkle Punkte . . .

### Die Schuld am Weltkriege.

A. P. Für die Ältesten ist die deutsche Schuld am Kriege fundamental,“ erklärte Lloyd George. Mit der Anerkennung oder Ablehnung dieser Schuld steht oder fällt daher der Versailler Vertrag, samt Wiedergutmachung oder wenigstens moralischer Begründung hieszu. Die Staatsmänner der Entente legten d. h. als größten Wert auf jede Stimme und um so mehr, wenn diese aus Deutschland kam, die ihnen in dieser Frage zu Hilfe kam. Der Versailler Vertrag basiert gleichfalls auf dem Evangelium von der deutschen Schuld und der Vertrag trägt die Unterschrift der deutschen Regierungsvertreter. Die Unterchrift aber ist erpreßt und kein geschriebenes oder ungehriebenes Gesetz auf der Welt erkennt Erpressungen.

Die Hilfe kam den Staatsmännern der Entente also nicht von unseren verantwortlichen Regierungsmännern, wohl aber von anderer Seite aus Deutschland. Es konnten sich ja nach dem Zusammenbruch 1918 die Herren Eisner, Förster, Montglas, Kautsky, Harden und wie die Edlen sonst noch heißen, Gerlach nicht zu vergessen, nicht genug darin tun, die deutsche alleinige Schuld am Kriege „festzustellen“. Hierig wurde drüber natürlich jedes derartige Zeugnis, das in den eigenen Kram hineinpaßte, registriert und wieder gegen uns verwendet. Ob es von vereinzelten oder unverantwortlichen Seite kam, das ist der Entente doch ganz gleichgültig. Jede derartige Stimme trug dazu bei, sie selbst zu entlasten und das war doch die Hauptsache. Und in Deutschland waren anscheinend vorgefunden King, Edward Grey, Poincaré, Delcassé, Iswolsky, Hartwig, vergessen waren die Lehren des Prozesses Suchomlinow und der „unpolitische“ Deutsche konnte sich doch seinen Reim darauf nicht machen, daß nunmehr der Niesel, der sich in den Landweg von Kairo nach Indien schob, die deutsche Wagdabahn, weggeschoben war, daß der Niesel, der sich zwischen Kairo und Kapstadt schob, Deutsch-Masaka, weggeschoben war, daß usw. usw. Wir wollen hier die Schuld am Kriege nicht unterfragen, wir wollen von den Leuten sprechen, die unseren Feinden die deutsche Schuld am Kriege zugegeben haben und ihnen somit zum Fundament des Versailler Vertrages verhelfen haben. Zu einem großen Teil können diese Männer nicht den Anspruch erheben, als Deutsche zu gelten, sie sind es nicht. Man kann sie allenfalls noch als international bezeichnen. Eisner und den Tschechen Kautsky, Graf Montglas und Maximilian Harden. Sie sind demnach nie berufen im Namen Deutschlands zu sprechen. Bei einem weiteren Teil tritt der typische deutsche Zug hervor, der Selbstbegehrung und Selbsttäuschung in der Hoffnung, dem Feind damit zu Gefallen zu sein. Merkwürdig kann nur berühren, daß eine deutsche Regierung einem Mann wie Kautsky die Sichtung der deutschen Akten übertragen konnte. Und wie haben sich diese Herren, voran Montglas und Kautsky, gemauert! Heute erklären sie, daß nach genauem Studium der Akten die Schuldfrage doch etwas anders aussieht, als es ihnen im ersten Augenblick den Anschein gab. Aber was geschehen ist, ist nicht mehr ungehehen zu machen. Nun müssen wir unsere Hoffnung auf die Zeit setzen und auf das historische Gesetz, daß sich die Wahrheit doch Bahn bricht. Wir müssen bezahlen und leiden, weil wir im Kriege unterlegen sind. Das ist so gewesen, solange es eine Weltgeschichte gibt. Dagegen aber müssen wir uns verwahren, daß wir leiden und zahlen müssen, weil wir mutwillig den Krieg herausbeschworen und angefangen hätten. Es ist absurd und unmoralisch, die Aussage des Anklägers in einem Streit als feststehendes Endurteil hinzunehmen. Die Schuld am Kriege soll untersucht werden. Deutschlands und Oesterreichs Archive sind geöffnet, die unserer Feinde mögen sich auch öffnen. Unparteiische sollen untersuchen und dann richten. Trifft uns dann der Schuldspruch, gut. Bis dahin aber hat kein Mensch das Recht, ein „schuldbig“ zu sprechen und auf solchem Schuldspruch ein Gebäude aufzuführen. Wer das bislang getan, der möge es vor sich verantworten. Die Geschichte wird ihn richten. Das kann lange dauern und wir können indessen vor die Hu de gehen. Denn die Gewissen sind weit. An dem deutschen Grab aber haben Männer, die sich Deutsche nennen, eifrig mitgeschaukelt. Anstatt nationale Würde zu bewahren, gibt es immer wieder Deutsche, die auf zwei Seiten Wasser tragen wollen. Jeder, der so handelt, gehört an den Pranger. Vor Gericht werden sie nicht verantwortlich sein, aber der deutsche Fluch soll sie treffen.

## Der Fluch der Sanktionen.

### Deutsche Gegenmaßnahmen.

Berlin, 17. März. Im wirtschafts-politischen Ausschuss führte gestern Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz u. a. aus, eine Rechtsgrundlage für die sogenannten Sanktionen sei im Friedensvertrag nicht gegeben. Sie würden außerordentlich schwierige Verhältnisse in Deutschland schaffen und es sei notwendig, Gegenmaßnahmen zu treffen. Der Feindbund vertone, daß Deutschland weniger von seinem Gegner, besonders auch England, werde kaufen können, wenn sein Außenhandel durch die verlangte 50prozentige Ausfuhrabgabe gedrosselt werde. Der Außenhandel werde sich neue Wege suchen müssen. Diese neuen Wege dem Handel zu erleichtern, sei Pflicht der Reichsregierung. In Frage komme eine Erweiterung der Ausfuhrzertifikate, der Weingen Kontrolle auf verschiedenen Gebieten, Ausbau der Ausfuhrabgabe, sowie als Gegenmaßnahme gegen die drohende Minderbeschäftigung der Industrie eine energische Wiederbelebung des Baumarktes und Wiederaufbau der Handelsflotte, ferner Erweiterung der produktiven Erwerbsloosen fürjore, Einfuhrkontrolle für überflüssige Auslandswaren, Vorkehrungen gegen ein neues Loch im Westen, sowie eine Verringerung des Verbrauchs überflüssiger Einfuhrwaren durch Erhebung von Abgaben. Besprechungen über die Beamtenfragen im besetzten Rheinland mit Vertretern der Rheinlande ständen bevor. — Hierauf führte Minister des Auswärtigen Dr. Simons u. a. aus, es handle sich darum, wie wir aus der gegenwärtig hochgespannten und gefährlichen Lage der deutschen Wirtschaft am besten herauskommen. Dr. Simons fuhr fort: Die deutsche Wirtschaft muß fähig gemacht werden, den Ansturm der Zwangsmaßnahmen zu ertragen und die großen Gefahren abzuwehren, die auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit aus ihnen erwachsen. Sie muß aber gleichzeitig neben dieser negativen Aufgabe des Festhaltens gegenüber den Zwangsmaßnahmen der Gegner sich auch schon positiv vorbereiten auf das, was später kommen soll, denn darüber, sagte der Minister, sind wir uns wohl alle einig, daß wir über kurz oder lang zu Verhandlungen kommen werden und das um so sicherer, je ruhiger wir unsere gegenwärtige Lage überdenken und je fester unsere Nerven sind. Ich bin der Meinung, daß sich jetzt erweisen hat: die Methode unserer Gegner, schon jetzt auf lange Zeit hinaus Bissen für die deutschen Finanzleistungen in Annuitäten festzusetzen, hat Fiasco gemacht. Wir müssen die Sache jetzt von der anderen Seite anfassen und die Wiederaufbauabgabe in den Mittelpunkt unserer ganzen Vorbereitungen stellen, wozu, wie der Minister bemerkte, ein möglichst genauer Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete festgesetzt werden muß. Dieses Problem hängt aber eng zusammen mit dem Siedlungsproblem in Deutschland, denn wir können unsere Kraft bei der eigenen Not nicht ausschließlich in den Dienst der Gegner stellen. Dr. Simons hält deshalb dafür, daß der Plan der Wiederaufbauabgabe mit ganz großen Zügen in Angriff genommen werden muß und bittet dabei vor allen Dingen um die Mitarbeit aller Wirtschaftskreise des deutschen Volkes. Aber sie genügen noch nicht, um aus der schweren Lage der europäischen Gesamtwirtschaft herauszukommen. Außerdem müsse ein Mittel gefunden werden, um der dringenden Kapitalnot der französischen Wirtschaft eine Möglichkeit der Milderung zu verschaffen. Das können wir, sagte Dr. Simons, auf die Dauer nur mit unserer Arbeit, die wir als Gewährleistung und Sicherheit für eine Anleihe einsehen, mit der wir den französischen Finanzbedürfnissen entgegenkommen können. Auch diese Frage muß bedingt geprüft werden. Sie ist sehr viel schwerer als die erste und kann sehr viel weniger von uns gelöst werden, weil sie viel unmittelbarer auf die internationale Zusammenarbeit abgestellt ist. Aber auch hier müßten wir Vorbereitungen treffen, damit wir, wenn dann die Zeit gekommen sei, wo wir uns wieder an den Verhandlungstisch setzen, mit wirklich ausgearbeiteten Plänen kämen. Unbedingt müsse hier etwas von uns geschehen, weil die Gegner sich mit den Annuitäten festgerannt hätten, mit denen man aber niemals weiter komme. Wenn die Zeit gekommen sei, müßten wir bereit sein, vielleicht bereiter, als das früher der Fall war.

## Die Zustände in Rußland.

### Zur Lage.

Nach einem direkt aus Petersburg eingetroffenen von nicht-bolschewistischer Seite stammenden Situationsbericht, der dem „Berliner Tageblatt“ vorliegt, wird davor gewarnt, die Sowjetregierung bereits als so erschüttert anzusehen, wie viele Sensationsmeldungen glauben machen könnten. Während im Ausland über blutige Straßentämpfe in Petersburg berichtet wurde, ging in der Stadt das Leben in der gewöhnlichen Weise weiter. Die Straßen waren abends erleuchtet und der äußere Bild der Stadt unverändert. — Ueber die Lage in Kronstadt sagt der Bericht, daß unter den dortigen Aufständischen Uneinigkeit



### Ämtliche Bekanntmachungen.

**Bekanntmachung des Arbeitsministeriums, betr. die Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 27. Juli 1920.**

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist auch in Württemberg eine andauernd unbefriedigende. Es sollte nichts unterlassen werden, um den Arbeitermangel in der Landwirtschaft so weit wie möglich zu bessern. In Folgendem werden deshalb die bestehenden Vorschriften über Arbeitsvermittlung und Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft den beteiligten Kreisen und Behörden erneut in Erinnerung gebracht und entsprechende Weisungen über den Vollzug dieser Vorschriften erlassen.

1. Nach § 1 der Reichsverordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 310) sind die Arbeitgeber in der Land- oder Forstwirtschaft bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 3000 M verpflichtet, jede offene Stelle sofort einem nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweis (Arbeitsamt) anzumelden, sowie von jeder Besetzung der als offen gemeldeten Stellen dem Arbeitsnachweis, bei dem die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden Mitteilung zu machen. Die Einhaltung dieser Verpflichtung ist zur Feststellung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften notwendig und es ist deshalb von den Orts- und Bezirkspolizeibehörden mit viel mehr Nachdruck, als dies bisher geschehen ist, darüber zu wachen, daß die Verpflichtung eingehalten wird.
2. Nach § 3 der erwähnten Reichsverordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft dürfen Arbeitgeber außerhalb der Land- oder Forstwirtschaft Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während desselben in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind, es sei denn, daß sie für land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr tauglich sind. Größter Nachdruck muß darauf gelegt werden, daß die Durchführung dieser Vorschrift nicht nur von den Arbeitsämtern sorgfältig gehandhabt wird, sondern daß auch die Orts- und Polizeibehörden in Fällen der Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift einschreiten und der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstatten.
3. Nach § 5 Ziffer 2 der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 25. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 708) kann von den Demobilisierungsausschüssen den Arbeitgebern auferlegt werden, diejenigen bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer zu entlassen, welche bei Kriegsausbruch oder später als Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetrieb, als Vergarbeiter oder als Gehilfe berufsmäßig tätig waren. Die Entlassungspflicht kann nicht angeordnet werden für die eigenen

Angehörigen des Arbeitgebers, für Arbeiter, die bereits in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetrieb beschäftigt sind, für Vergarbeiter und für das Gefolge.

Die Demobilisierungsausschüsse werden dringend aufgefordert, in allen in Betracht kommenden Fällen die Entlassung von Arbeitern der bezeichneten Art zum nächst zulässigen Zeitpunkt zu veranlassen und im Nichtbefolgungsfall gegen den Betriebsinhaber oder seinen verantwortlichen Stellvertreter Strafanzeige zu erstatten.

4. Es ist darauf hinzuwirken und von den Erwerbslozenfürsorgeausschüssen zu beachten, daß nicht Personen, die früher als landwirtschaftliche Berufsarbeiter tätig waren, die Erwerbslozenfürsorge genießen, wenn sie zu Arbeiten in der Landwirtschaft befähigt sind und Gründe im Sinne des § 8 der Reichsverordnung über Erwerbslozenfürsorge vom 26. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 98), die zu einer Ablehnung der landwirtschaftlichen Beschäftigung berechtigen würden, nicht vorliegen.
5. Es ist darauf zu dringen, daß die Einstellung und Beschäftigung aller land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte bei Notstandsarbeiten unterbleibt. Reichs- oder staatliche Zuschüsse zu Notstandsarbeiten müßten gesperrt werden, wenn von den Unternehmern entgegen der bestehenden Vorschrift landwirtschaftliche Berufsarbeiter beschäftigt werden. Angekündigt wird noch, daß die Einstellung der Notstandsarbeiter nur durch Vermittlung der Arbeitsämter erfolgen darf.
6. Die Betriebsleitungen aller staatlichen, nicht land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe, sowie die nicht land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsleitungen der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts haben die in ihren Betrieben beschäftigten, früher in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen und noch zu land- oder forstwirtschaftlichen Arbeiten tauglichen Arbeiter zum nächst zulässigen Zeitpunkt zu entlassen.
7. Nachdem sich infolge des Rückgangs der Industrie die Frage der Versorgung beschäftigungsloser Industriearbeiter wieder berührt hat, muß mit allen Mitteln ver sucht werden, solche Industriearbeiter, die früher in der Landwirtschaft tätig waren, wieder der landwirtschaftlichen Beschäftigung zuzuführen. Die früher in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer werden deshalb dringend aufgefordert, zur landwirtschaftlichen Arbeit zurückzukehren. Hierbei werden dieselben darauf hingewiesen, daß ihnen für diesen Fall weitgehende Vergünstigungen eingeräumt werden, nämlich: a) auf Kosten der Erwerbslozenfürsorge freie Fahrt in den Beschäftigungsort und angemessene Beihilfe zu den Reisekosten für sich und die in ihrem Haushalt lebenden, mitreisenden

- a) oder nachfolgenden Familienangehörigen, falls deren Unterhalt in dem neuen Beschäftigungsort gesichert ist;
- b) solange die Mitnahme der Familienangehörigen in den neuen Beschäftigungsort nicht anständig ist, auf die ganze Dauer der landwirtschaftlichen Beschäftigung aus Mitteln der Erwerbslozenfürsorge die Fortgewährung der Familienzuschläge im 1/2 fachen Betrage;
- c) das Recht auf Selbstverforgerration, solange sie in landwirtschaftlichen Selbstverforgerbetrieben beschäftigt werden.

S. Hall.

**Bekanntmachung betr. Rechnungshandbücher der Gemeindeführer.**  
Die Herren Rechnungshilfsbeamten werden aufgefordert, in Zeitkurze hieher anzugeben, daß die Hauptbücher und Kassenzettel angelegt und den Rechnern übergeben sind.  
Calw, den 15. März 1921.

Obramt: G. J.

**Bekanntmachung des Württ. Arbeitsministeriums, betr. die Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.**

Vom 11. März 1921.

Der hohe Stand der Erwerbslozenziffer einerseits, der bereits bestehende und mit fortschreitender Jahreszeit wachsende Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften andererseits geben dem Arbeitsministerium Veranlassung, die der Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft dienenden, in der Bekanntmachung des Arbeitsministeriums vom 27. Juli 1920 (Staatsanzeiger Nr. 173) zusammengefaßten Bestimmungen den beteiligten Kreisen und Behörden wiederholt in Erinnerung zu bringen. Vor allem ist es Aufgabe der Demobilisierungsausschüsse bzw. der nach der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 10. März 1921 zum Vollzug der Reichsverordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. Februar 1921, Reichs-Gesetzbl. S. 1897 (Staatsanzeiger Nr. 58), an ihre Stelle tretenden Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter von den ihnen nach der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 25. April 1920 Reichs-Gesetzbl. S. 708 — zu vergl. insbesondere die §§ 5 und 14 — a, Zt. noch zutreffenden Bestimmungen tunlichst Gebrauch zu machen und die Durchführung ihrer diesbezüglichen Anordnungen zu überwachen. Die Gemeinden (Familienaus-schüsse) werden auch auf die in § 5 Abs. 2 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Satz 4 der Reichsverordnung über Erwerbslozenfürsorge getroffenen Bestimmungen hingewiesen, durch deren möglichst reifliche Anwendung sie nicht unerheblich dazu beitragen können, daß der Landwirtschaft Arbeitskräfte zugeführt werden unter gleichzeitiger Entlastung der Erwerbslozenfürsorge.

S. Hall.

berste. Flüchtlinge aus Kronstadt hielten das Unternehmen der Ausflucht für wenig aussichtsreich.

### Furchtbare Verluste der Roten Truppen.

London, 17. März. Eine aus Helsingfors an den „Daily Express“ gerichtete Telegramm meldet, daß auch am 15. März der Artilleriekampf zwischen Kronstadt und den Küstenforten andauerte. Die Verluste der roten Truppen während der Belagerung von Kronstadt hätten 8000 Tote betragen. Außerdem seien 50 000 Mann bolschewistischer Truppen zu den Ausländischen übergegangen.

### Petersburg in Gefahr?

Stockholm, 17. März. „Nordiska Presscentralen“ meldet aus Helsingfors, daß die Lage in Petersburg sich weiter zuspitzt habe. Der Ausbruch der Revolution werde jeden Augenblick erwartet. Verteidigungsstellungen würden 18 Meile südlich von Petersburg angelegt.

### Die Wiederaufrichtung Rußlands.

#### Frauen als Vaterlandsverteidiger.

Kopenhagen, 16. März. Wie der „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors telegraphiert wird, soll Trozki den Aufstehern in Kronstadt einen neuen Friedensvorschlag auf bedeutend günstigerer Grundlage als der früheren gemacht haben. Weiter wird berichtet, die Zahl der Soldaten in Kronstadt belaufe sich zur Zeit auf 50 000; die Zahl steige jedoch fast jeden Tag. Die Revolutionäre seien vollkommen zuversichtlich. Die Beschießung von Kronstadt habe keinen nennenswerten Schaden verursacht. Es seien auch keine Feuerbrünste in der Stadt ausgebrochen. In Kronstadt nehmen jetzt auch die Frauen an der Verteidigung teil. Die Kronstadter Regierung hat dem Roten Kreuz mitgeteilt, es sei ihre Absicht, Rußland wiederherzustellen. Sie wolle aber Rußland nicht an den Rand des Abgrunds bringen, wie dies die Bolschewisten getan hätten.

### Der Idealist Lenin.

#### Gärung in der russischen Arbeiterschaft.

Kopenhagen, 17. März. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Das Revolutionskomitee in Kronstadt hat bezüglich der Haltung des Komitees gegenüber den Kommunisten eine Entschliebung angenommen. Darin wird Lenin als der einzig ehrliche Idealist unter den Moskauer Nachhabern bezeichnet, während Trozki, Sinowjew und die übrigen Elemente seien, die nur ihre eigenen Vorteile erstreben und für die Zukunft Rußlands schädlich seien.

Ueber Terzjoki wird aus Petersburg gemeldet, daß die Gärung unter den Arbeitern mit jedem Tag zunimmt. Die meisten Fabriken stehen still infolge Ausstands, der trotz des strengen Verbots der Volkskommissare gegen Arbeitseinstellungen erklärt wurde. In den wenigen Fabriken, wo noch gearbeitet wird, kommen so viele Akte von Sabotage vor, daß die Betriebe in Wirklichkeit auch ruhen. Die chinesischen Soldaten sind täglich in Tätigkeit und schießen auf Befehl der Volkskommissare Hunderte von Arbeiterführern und andere Personen nieder, die sich den Haß der Volkskommissare zugezogen haben.

### Englisch-russisches Handelsabkommen.

London, 16. März. (Reuter.) Das englisch-russische Handelsabkommen ist unterzeichnet worden.

London, 17. März. (Reuter.) Im Eingang des Handelsabkommens mit Rußland wird gesagt, daß die Wiederaufnahme friedlichen Handelsverkehrs im Interesse Englands und Rußlands wünschenswert sei. Weiter bestimmt das Abkommen, daß beide vertragsschließende Teile sich der Propaganda gegeneinander enthalten, die Mordtaten lassen und den Post- und telegraphischen Verkehr im gleichen Umfang wie 1914 wieder aufnehmen. Die britische Regierung verpflichtet sich, Gold, Fonds, Sicherheiten oder Waren, die von Rußland zur Bezahlung für Einfuhren ausgeführt werden, nicht mit Beschlag zu versehen. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, keinen Anspruch darauf zu erheben, über im Vereinigten Königreich befindliche Fonds oder anderes Eigentum der früheren russischen Regierung zu verfügen.

### Eine neue Räterepublik — Räteregierung.

London, 17. März. „Daily Express“ veröffentlicht eine Meldung aus Konstantinopel vom 15. März, wonach eine Räteregierung in Tiflis ans Ruder gekommen ist und Georgien als Räterepublik ausgerufen hat. Tschitscherin habe die neue Republik anerkannt. Die georgische Regierung habe gegen die Befehle Batums durch die Türken Einspruch erhoben.

### Ausland.

#### Zur Ermordung Talaat Paschas

Stelle die Kriminalpolizei fest, daß der Täter zwar schon längere Zeit in Groß-Berlin aufhielt. Er ist ohne Zweifel lebendig dazu hergekommen, um Talaat zu ermorden. Daß er nicht schon früher den Plan ausführte, wird damit erklärt, daß ihm bisher die Mittel zur Flucht fehlten. Jetzt fand man bei ihm annähernd 12 000 Mark. Nach seiner Angabe hat er dieses Geld erst vorgestern durch Schied erhalten. Frühere Meldungen, wonach auch die Gattin Talaats verwundet worden sei, sind unrichtig. Sie war bei dem Unfall nicht zugegen.

#### Kohlenüberfluß in Belgien und Frankreich.

Berlin, 17. März. Zu einer Meldung der belgischen Zeitung „Reptune“, der belgische Markt sei mit deutscher Reparations-lohle überflutet, erzählt das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter Stelle ergänzend, daß der Ueberfluß deutscher Kohle in Belgien und Frankreich und die Unmöglichkeit des Abzuges die teilweise Lahmlegung der deutschen Flussschiffahrt bewirke. Die Belgier und Franzosen entladen die deutschen Kohlenstöße nicht mehr rechtzeitig, da sie nicht wissen, wo sie die Kohlen lagern sollen. Die deutschen Flussschiffe bleiben also als Kohlendepots in fremden Häfen liegen und scheiden für Deutschland damit vollständig aus.

#### Japan und Deutschland.

D. A. J. Im „Lotoo Economist“ läßt sich der japanische Volschaffer in Berlin, G. Hioki, in optimistischer Weise über die Wiederaufknüpfung der Handelsbeziehungen zwischen Japan und Deutschland aus. Hioki ist der Meinung, daß Deutschland zwar augenblicklich schwer darniederliege, daß aber der deutsche Volschaffers sichere Gewähr für den Wiederaufbau Deutschlands biete. Vor allem sei die japanische Geschäftswelt fest davon überzeugt, daß sie nie früher von der deutschen Wissenschaft lernen und mit Deutschland in angenehme Geschäftsverbindungen treten werde. Ein Grund, pessimistisch in Deutschlands Zukunft zu blicken, bestehe absolut nicht.

### Deutschland.

#### Der Reichstag.

Überwies in seiner gestrigen Sitzung zunächst den Reichshaushaltsplan für 1921 dem Hauptausschuß und die Entwürfe betreffend die Änderung des Zündwarensteuergesetzes, betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Kohlensteuer und betreffend Änderung des Zuckersteuergesetzes, sowie den Entwurf eines Süßstoffgesetzes dem Steuerauschuß. Bevor das Haus die Weiterberatung des Etats des Ministeriums des Innern aufnahm, kündigte der Präsident Dauerhaltungen und Beschränkung der Redezeit auf 30 Minuten an, da möglichst bis nächsten Dienstag der gesamte Etat erledigt sein solle. Im Laufe der Staatsdebatte brachten die Parteirechner ihre Wünsche und Beschwerden vor, wobei besonders die Schulfragen von allen Seiten beleuchtet und von Seiten der bürgerlichen Parteien auf den Schutz des Mittelstandes Gewicht gelegt wurde. Zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten kam es, als der Abg. Ledebour einen Brief verlas, in dem er mit Geschloßen bedroht wurde, und hinzufügte, daß die Untersuchung ergeben habe, daß innerhalb der kommunistischen Organisation eine geheime Unterorganisation bestünde mit dem Zweck, unliebsame Gegner zu beseitigen. Auch die Ermordung des Abg. Haack und die Mißhandlungen Dittmanns in Hamburg seien auf diese Organisation zurückzuführen. In der Abstimmung wurden eine Anzahl Artikel

und Titel angenommen, ebenso eine demokratische Entschliebung, die sich gegen die Kommunalisierung des Handwerks wendet. Die die Linke stark besetzt ist, wurden auch verschiedene unabhängige Entschliebungen angenommen, darunter die, welche die Vorlegung des Notenwechsels mit der bayerischen Regierung über die Entlohnungsfrage verlangt. Eine Entschliebung des Zentrums auf Vorlegung einer Denkschrift über die Förderung der Verbesserungen findet ebenfalls Annahme. Die Debatte drehte sich dann hauptsächlich um Petitionen und Anträge, die sich auf den Religionsunterricht bezogen. Die Abstimmung darüber wurde auf morgen verschoben und in der ersten Abendstunde die Sitzung auf morgen Nachmittag 1 Uhr verlag.

#### Eine beachtenswerte Stimme der Rheinländer.

Düsseldorf, 16. März. In der heutigen Sitzung des rheinischen Provinziallandtags gab Justizrat Mönning-Köln namens der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialisten folgende Erklärung ab: Die Befehle weiteren deutschen Lebens auf dem rechten Rheinufer, die angeklagte unerträgliche Belastung der deutschen Ausfuhr und insbesondere die Androhung der Errichtung einer Zollgrenze am Rhein haben neues Leid, neue Not und Sorge über das deutsche Volk und vor allem über unsere rheinische Heimat gebracht. Keine dieser Maßnahmen ist auf dem Boden des Rechts gegründet. Insbesondere darf die Errichtung einer Zollgrenze für das besetzte Gebiet nach Art. 270 des Friedensvertrags nur in Erwägung kommen, wenn sie erforderlich erscheint, um wirtschaftliche Interessen der Bevölkerung zu wahren. Der rheinische Provinziallandtag, die auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählte Vertretung der gesamten Rheinprovinz, erhebt deshalb Einspruch gegen die erfolgten und gegen die geplanten Maßnahmen. Die durch die Zollgrenze eintretende Abkürzung von deutschen Mutterlande würde Wirtschaft und Handel in den Rheinlanden der Vernichtung entgegenführen und die Wirtschaftskraft in dem leistungsfähigen Teile Deutschlands zu dauernder Unfruchtbarkeit und die arbeitsfähige, wertvolle Bevölkerung zu Arbeits- und Brotlosigkeit verurteilen. Die Errichtung der Zollgrenze würde die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht wahren, sondern ihnen im Gegenteil einen vernichtenden Schlag versetzen. Wir können nicht glauben, daß das Rechtsgefühl der Völker solches Unrecht dulden wird. Komme, was kommen mag, die Rheinländer fühlen sich in Treue eins mit den anderen deutschen Volskgenossen. Kein Zwang und keine Not, sie möge noch so schwer und bitter sein, können uns trennen. — Oberpräsident Grote schloß den Provinziallandtag mit einer Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Rheinländer in treuer Vaterlandsliebe mit dem gesamten deutschen Vaterland untrennbar verbunden seien.

#### Die künftige Getreidebewirtschaftung.

Berlin, 17. März. Gestern hatten die Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der getreideverarbeitenden Gewerbe und der Verbraucher Gelegenheit, in einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einberufenen Versammlung zur Frage der künftigen Getreidebewirtschaftung Stellung zu nehmen. Eine Uebereinstimmung über die Einzelheiten ergab sich nicht, jedoch war die überwiegende Mehrheit der Versammlung der Ansicht, daß die Einführung eines Umlageverfahrens der geeignetste Weg zu dem zu erstrebenden Ziele der baldigen völligen Freigabe des Getreides sei. Reichsminister Hertel erklärte zum Schluß, daß die Regierung sich von ihrem Ziel, so bald wie möglich auf allen Gebieten der Lebensmittelpolitik wieder normale Zustände herbeizuführen, nicht durch die allmähliche Beseitigung der Zwangswirtschaft unüberwindlich verbundenen Uebergangsjahreszeiten abschrecken lasse. Erste Voraussetzung für eine planvolle und bejournete Ueberleitung von der Zwangs- zu einer freien Wirtschaft sei aber die Schaffung ausreichender Reserven, die aber wesentlich von der Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse in den nächsten Monaten abhängen.

Auf einen Antrag von München und der die bayerische Regierung verweigern sollte. Bonarri, daß die bayerische Gewerkschaft seines Heereswesens erforderlich machen. Zeit.

### Reinz Nag von

Salem, 16. März. Schlußprüfung in der die Londoner Konferenz bereits verloren, als fast. Wochenlange Verfuhr, daß die Sachverhalte endlich eine gemeinsame Die französische Regierung leisten könne als ihre Die englische Regierung Beschüsse gestraubt. Der Markt bleiben wolkungen hatte er sein Klein wurde vor offen Das provisorische Angeklond George hatte im jetzt hat er nicht nur dbern auch die Arbeiter ist ein ungeheurer Gem schaft hat. Das deutsche ungerem Außenminister Lond George hat gefa ktill sei das Schuldbe Dieses Schuldbekenntnis Volk ist nicht allein am zug einzuweisen. Die S nicht.

### Ein z

Berlin, 17. März. Ein z tete der Oberpräsident der Zustände im Indu Reunawerke liegen, ein gegen die wilden Strei ken Verbrechen aller Kr diese Zustände auf in sein und nicht, wie nischen Partei zur Last f ein Ende zu machen, w Drien des Industriebez die mit aller Schärfe ge nicht in politische oder

### Der Berliner

„Berliner“ ist mit H Stadtparlament in Grof erachtet worden, das offe rierung in Groß-Berlin nenen Millionenverlustes bei ihren Kriegeslebensm alleits erkannte Tatsache, sumenten ungleich besser lich die sozialistischen A Gebiet des Lebensmittel Amio auffälliger ist es, d zuzeit im Schoße der fo focht hat, weitere 10 Mi mitteln zu verschleudern! „Konkurrenz für den frei sigen Lebensmittelvertrieb fischen.“ Diese Absicht w unverständlichen Absicht, künft der Kommunalisier wirt, ist es u. E. eine u bensmittelhandel mit all Möglichkeit für ein Aufst kann nur dadurch gesch geworden „Vorschlagn alisierung einer gründli Zusammenhang nochmals legende Denkschrift des frage hingewiesen, die de ten zugewendet werden w

### Amnesti

Berlin, 17. März. „Amnestiung“ hat das deutsche erfahren, daß im Zust Entwurf eines Amnesti nach wies Straffreiheit nis, das sich im Abstin hat und außerdem für niger als sechs Monate Geldstrafe handelt.

### Zur Abstin

Berlin, 17. März. Y mng in Oberösterreich kanzlers und unter Teil eine letzte Aussprache mit hat. Die Besprechungen der deutsch-polnischen Grotz aller Stützungsverfu tag einen unbestreitbaren zeitig wurde festgestellt, der gespannten Lage zu überführt zur Abstimmun



Falls deren Unter...  
wert ist;  
igen in den neuen  
ganze Dauer der  
lein der Erwerb-  
miltenszuschläge in  
se in landwirtsch.  
igt werden.  
Schall.

Gemeinderat...  
gefordert, in Zeit-  
d Kassentag...  
Dreant: 373  
ber die Bedeutung  
schaft.

erfalls, der bereits  
schonende Bedarf an  
ben dem Arbeits-  
mangel in  
ung des Arbeits-  
173) aufzu-  
en und Behörden  
ist es Aufgabe der  
Berufung des Ar-  
gung der Reichs-  
Demobilisation  
77 (Staatsanzeiger  
ausdrücke für Ar-  
er die Freimachung  
sächlichen Demobil-  
708 — zu vergl.  
henden Beurlauben-  
ng ihrer diesbezüg-  
enden (Zust. 190-  
b 1 und § 8 Abs. 1  
ürsorge getroffenen  
st restlose Anwen-  
dang der Landwirts-  
zeitiger Entlastung  
Schall.

che Entschlie-  
werks wendet. De-  
e unabhängige Ent-  
die Vorlegung des  
über die Entlastung  
entrums auf Vor-  
Belastungen fin-  
dann hauptsächlich  
glionunterricht  
gen verschoben und  
Nachmittag 1 Uhr

**Rheinländer.**  
Aufhebung des  
nichtigkeiten namens  
lassen folgende Er-  
ben auf dem rech-  
teilung der deut-  
er Errichtung einer  
ot und Sorge über  
einzigste Heimat ge-  
den des Reichs ge-  
Zollgrenze für das  
ags nur in Groß-  
wirtschaftliche In-  
che Provinzialland-  
erwählte Vertretung  
pruch gegen die er-  
Die durch die Zoll-  
Mutterlande würde  
r Vernichtung ent-  
ungsfähigsten Teile  
de arbeitsfähige  
solligkeit verteilen.  
sächlichen Interessen  
oren, sondern ihnen  
en. Wir können nicht  
des Unrecht bilden  
über fällen sich in  
offen. Kein Zwang  
er sein, können und  
Provinziallandtag mit  
te, daß die Rhein-  
en deutschen Vater-

**Haftung.**  
der Landwirtschaft  
Gewerbe und  
Reichsminister für  
Versammlung zur  
Stellung zu neh-  
arbeiten ergab sich  
der Versammlung  
agewerfahrens der  
der baldigen Voll-  
minister Hermes er-  
von ihrem Ziel, so  
Lebensmittelpreisen  
en, nicht durch die  
sowirtschaft unvor-  
n abzuhenden lassen.  
bejonnene Ueber-  
schaft sei aber die  
wesentlich von der  
ie in den nächsten

### Bayern bedroht?

Auf einen Antrag im englischen Unterhaus soll die Befehung von München und der Einmarsch der Franzosen erfolgen, falls die bayerische Regierung die Auflösung der Einwohnerwehren verweigern sollte. Bonar Law sprach im Namen der Regierung, daß die bayerische Gewalttätigkeit und Eigenfönnigkeit im Abbau seines Heereswesens neue Zwangsmaßnahmen der Allierten erforderlich machen. Verhandlungen darüber schweben zur Zeit.

### Prinz Max von Baden

#### zu den Londoner Verhandlungen.

Salem, 16. März. Prinz Max von Baden sprach bei der Schlußprüfung in der landwirtschaftlichen Winterschule über die Londoner Konferenz, wobei er u. a. sagte: Das Spiel war bereits verloren, als die deutsche Vertretung in London eintraf. Wochenlange Verhandlungen in Brüssel hatten dazu geführt, daß die Sachverständigen der beiden Parteien in Brüssel endlich eine gemeinsame Basis gefunden zu haben glaubten. Die französische Regierung glaubte aber, daß Deutschland mehr leisten könne als ihre eigenen Sachverständigen annahmen. Die englische Regierung hatte sich anfänglich gegen die Pariser Beschlüsse gestäubt. Lloyd George kapituliert aber, da er an der Macht bleiben wollte. Zu Beginn der Londoner Verhandlungen hatte er sein ganzes Land hinter sich. Sein erstes Nein wurde von allen unterzogen, aber sein zweites Nein auf das provisorische Angebot Simons war nicht mehr so kräftig. Lloyd George hatte im zweiten Gang das Spiel verloren, denn jetzt hat er nicht nur die Finanzwelt Englands gegen sich, sondern auch die Arbeiterklasse und die liberale Opposition. Das ist ein ungeheurer Gewinn, den uns unser Außenminister verschafft hat. Das deutsche Volk sollte dies erkennen. Wir dürfen unserem Außenminister sein schwieriges Amt nicht erschweren. Lloyd George hat gesagt, der Grundpfeiler der alliierten Politik sei das Schuldbekenntnis Deutschlands für den Krieg. Dieses Schuldbekenntnis ist aber erpreßt worden. Das deutsche Volk ist nicht allein am Kriege schuld. Hier hat unser Gegenzug einzusetzen. Die Schmachungen Lord Georges treffen uns nicht.

### Ein zeitgemäher Aufruf.

Berlin, 17. März. Blättermeldungen aus Halle zufolge richtete der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörning, angesichts der Zustände im Industriebezirk Merseburg, in dem u. a. die Reunawerte liegen, einen Aufruf an die Bevölkerung, der gegen die wilden Streiks, Räubereien und bandenmäßig verübten Verbrechen aller Art wendet. Der Aufruf hebt hervor, daß diese Zustände auf internationale Verbrechen zurückzuführen seien und nicht, wie man allgemein glaubt, der kommunistischen Partei zur Last fallen. Um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen, werden in den nächsten Tagen nach vielen Orten des Industriebezirks starke Polizeikräfte gelegt werden, die mit aller Schärfe gegen die Verbrecher vorgehen, sich aber nicht in politische oder gewerkschaftliche Dinge mischen sollen.

### Der Berliner Magistrat als Handelskonkurrent.

Bekanntlich ist mit Hilfe der sozialistischen Mehrheit im Berliner Stadtparlament in Groß-Berlin ein sogenanntes Anschaffungsamt errichtet worden, das offenbar die Vorarbeiten für die Kommunalisierung in Groß-Berlin machen soll. Die eben erst bekanntgewordenen Millionenveranschlagungen, die gerade die Groß-Berliner Magistrate bei ihren Kriegeslebensmittelgeschäften erlitten haben, und die jetzt allseits erkannte Tatsache, daß der freie Lebensmittelhandel den Kommunalen ungleich besser befriedigt als jede Kommune, möchte eigentlich die sozialistischen Kommunalpolitiker veranlassen, sich auf dem Gebiet des Lebensmittelhandels nicht noch mehr zu blamieren. Umso auffälliger ist es, daß man, wie der Hansa-Bund uns schreibt, zurzeit im Schoße der sozialistischen Stadtverwaltung den Plan gefaßt hat, weitere 10 Millionen Mark für den Ankauf von Lebensmitteln zu verschleudern! Die Stadtverwaltung will nämlich, als Konkurrent für den freien Handel auftreten und durch den städtischen Lebensmittelvertrieb, preisdrückend auf den Markt zu wirken suchen. Diese Absicht wird offen zugegeben. Angesichts dieser ganz unverständlichen Absicht, die aber ein bezeichnendes Bild auf die Zukunft der Kommunalisierungspläne sozialistischer Stadtverwaltungen wirft, ist es u. E. eine unbedingte Notwendigkeit, daß der freie Lebensmittelhandel mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Möglichkeit für ein Aufstehen solcher Pläne bei Seite schafft. Das kann nur dadurch geschehen, daß der Reichstag den jüngst bekanntgewordenen „Vorschlag“ der Sozialisierungskommission zur Kommunalisierung einer gründlichen Revision unterzieht. Es sei in diesem Zusammenhang nochmals auf die in Vorbereitung begriffene grundlegende Denkschrift des Hansa-Bundes zur Kommunalisierungsfrage hingewiesen, die demnächst der Regierung und den Parlamenten zugestellt werden wird.

### Amnestie in Oberschlesien?

Berlin, 17. März. Nach einer Meldung der „Börsigen Zeitung“ hat das deutsche Plebiszitkommissariat in Oberschlesien erfahren, daß im Justizministerium ein völlig ausgearbeiteter Entwurf eines Amnestiegesetzes für Oberschlesien vorliegt. Danach wird Straffreiheit gewährt für jedes politische Vorkommnis, das sich zu nehmungsbereit seit der Befehung ereignet hat und außerdem für alle Vergehen, bei denen es sich um weniger als sechs Monate Gefängnis und weniger als 2500 Mark Geldstrafe handelt.

### Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 17. März. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien fand gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Teilnahme des preussischen Staatsministeriums eine letzte Aussprache mit den Provinzialbehörden der Grenzgebiete statt. Die Besprechungen erstreckten sich auf die gesamte Lage an der deutsch-polnischen Grenze. Von allen Seiten wurde betont, daß trotz aller Störungsvorwürfe der Polen die Abstimmung im Sonntag einen unbestreitbaren deutschen Erfolg bringen werde. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Bevölkerung in Oberschlesien trotz der gespannten Lage zu Beunruhigung keinen Anlaß habe und mit Zuversicht zur Abstimmung schreiten könne. Als notwendige Aufgabe

aller Beteiligten wurde es bezeichnet, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung sich durch keinerlei Provokationen der Polen zu Unbesonnenheiten hinführen läßt, wie sie der polnischen Seite zur Schädigung der Abstimmung erwünscht wäre.

### Verhaftete polnische Banditen.

Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ aus Kattowitz ist es gelungen, 4 Mitglieder der Bande, die im Walde von Paruchowitz ein Automobil mit 2 Ententeoffizieren und einem Hauptmann der Abtunungspolizei beschossen hatte, zu verhaften. Sie gehören einer polnischen Räuberbande an.

### Bermischtes.

#### Zeichen der „guten“ Zeit!

Berlin, 16. März. Nach einer Blätter-Meldung aus Halle werden in einer Statistik im Amtsblatt für die Eisenbahndirektion Erfurt im Jahre 1920 11 956 Diebstähle festgestellt. Von den Dieben und Helfern wurden 895 Personen ermittelt, davon 106 Beamte, 360 Arbeiter und 429 Privatpersonen.

#### Räubernwesen auf Landstraßen.

Berlin, 16. März. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet: Die Unsicherheit auf den Landstraßen wird durch immer neue Ueberfälle bewaffneter Räuberbanden ständig vergrößert. Auch vorgestern Nachmittag machte wieder eine starke Bande einen Raubzug. Die Räuber hatten es auf einen Postwagen abgesehen. Auf der Chaussee zwischen Gerswalde und Wilmsdorf sprangen sie plötzlich vor den Wagen und brachten ihn unter Androhung von Waffengewalt zum Stehen. Dann erbrachen sie die Wagenfür und raubten aus dem Wageninnern mehrere Wertsendungen und Pakete, darunter einen Beutel mit 13 600 Mark. Mit der Beute verschwanden die Räuberbande dann wieder im Wald.

#### Großfeuer.

Berlin, 17. März. Blättermeldungen aus Kiel zufolge wütete gestern in einem Doz der Kruppischen Germania-Werft ein Großfeuer und drohte den zur Reparatur auflegenden amerikanischen Dampfer „Tonest“ zu zerstören. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Der Schaden ist bedeutend.

#### Seltene Heilung eines Stummen.

Ein Maurer in Münster in Westfalen hatte als Kriegsteilnehmer in Nordfrankreich durch ein schweres Nervenfieber seine Stimme verloren. Als er sich dieser Lage in der Kartose einer kleinen Geschwulstoperation an der Hand unterzog, kehrte ihm die Sprache wieder.

#### Gepante Schatzhebung.

Napoleon I. hat beim Rückzuge nach dem fechtgeschlagenen Feldzuge einen Schatz im Werte von 40 Millionen Goldrubeln, Kanonen und Fingern in dem zum Gelände des Gutes Krzyk gehörigen Postkassette verpackt. Die Pläne des Gutes und der Stelle, wo die Schätze verpackt worden sind, haben sich im Wilnaer Dom vorgefunden. Schon vor dem Kriege waren französische Offiziere zu Erforschungszwecken zugereist. Jetzt ist die Sache gelegentlich des Pariser Besuchs der Staatsschefs besprochen worden. Die polnische Regierung bestellte eine aus Ingenieuren und Offizieren bestehende Kommission. Leiter der Arbeiten ist der Ingenieur Nowiak. Am Seesüfer sind bereits die Materialien gelagert worden, die für die Vorbereitungsarbeiten zur Hebung der Schätze erforderlich sind.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. März 1921.

#### Exz. Liman von Sanders

welch heute abend im „Waldschen Hof“ einen Vortrag über: „Von Konstantinopel nach Malta“ halten, worauf auch an dieser Stelle zum Besuche empfehlend hingewiesen sei.

#### Zur Einkommensteuererklärung.

Man schreibt uns: Bei den Zinsen, die die Sparkassen und Banken aus den Sparguthaben, Giro-Guthaben und aus den bei ihnen hinterlegten Wertpapieren in den Sparbüchern aufschreiben, ist die Kapitalertragssteuer von 10 Prozent bereits abgezogen, sodaß also nur 90 Prozent des wirklichen Zinsbetrags gutgeschrieben werden. Da nun aber der Steuerpflichtige in die Einkommensteuer-Erklärung Ziffer III das gesamte Einkommen aus seinem Kapitalvermögen, also den wirklichen Zinsbetrag ohne Abzug der Steuer angegeben hat, ist es notwendig, die abgezogenen 10 Prozent, d. h. ein Reunzel des Zinsbetrags, der in dem Sparbuch gutgeschrieben ist, hinzuzurechnen. Dieses Reunzel hat er dann unter den „gesetzlichen Abzügen“ in Ziffer VI der Steuererklärung als bereits bezahlte Steuer wieder aufzuführen.

#### Die Deutsche Meisterschaft im Fußball 1920

erhielt bekanntlich der Fußballklub Nürnberg, der beim Endspiel im Juni v. J., das in Frankfurt gegen die Spieler-Bereinigung Fürth zum Austrag kam, mit 2:0 Toren Sieger blieb. Sportkreise dürfte eine Zusammenstellung der Deutschen Meister im Fußball seit dem Jahre 1903 interessieren, die wir dem soeben bei der Frankfurter Verlagsbuchhandlung in Stuttgart erschienenen, von dem bekannten Sportlehrer W. Dörr herausgegebenen Deutschen Sportjahrbuch 1921 (Preis geh. Mk. 5.20) entnehmen. Es waren Deutsche Meister seit: 1:03 B. f. V.-Leipzig, 1904 nicht ausgetragen, 1905 Union-Berlin, 1906 B. f. V.-Leipzig, 1907 Freiburger F.C., 1908 Victoria-Berlin, 1909 Phönix-Karlsruhe, 1910 Karlsruher F.V., 1911 Victoria-Berlin, 1912 Holstein-Kiel, 1913 B. f. V.-Leipzig, 1914 Spiel-Bgg. Fürth, 1920 1. F.C. Nürnberg.

#### Deutsche Arbeitslosigkeit.

Deutschland kann zwar niemals die in Paris geborgenen 226 Milliarden Goldmark bezahlen, es hat aber wiederholt betont, daß es nach Möglichkeit Entschädigung leisten will. Dazu bedarf das Reich aber der Entfaltung seiner gesamten Arbeitskraft. Heute müssen jedoch ungefähr 2 Millionen deutsche Arbeiter mehr oder weniger feiern, weil sie, durch die wirtschaftliche Lage gezwungen, ohne Arbeitsgelegenheit sind oder sich mit Kurzarbeit begnügen müssen. Arbeitslosigkeit und Stand der Handelsbilanz stehen in Wechselwirkung. 1913, als Deutschland 1/2 Million Arbeitslose hatte, war die durch Ein- und Ausfuhr bedingte Handelsbilanz knapp aktiv. Heute ist sie fast passiv. Die har-

ten Pariser Bedingungen werden aber höchstens noch mehr Menschen arbeitslos und brotlos machen, sodaß sich durch diese ungeheuerlichen Forderungen die wirtschaftliche Lage des Reiches immer mehr verschlechtern muß.

Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantw.: J. K. A. Port, Calw.

### Sommermoden.

„Ach, wie hübsch ist so ein gesticktes Kleid! Aber bis ich das fertig habe, ist der Sommer um!“ Diesen Ausruf hört man so oft in der Sommerfrische. Ja, meine Damen, muß man denn erst im Juli mit dem Sticken anfangen? Dann wird natürlich das Kleid erst im Herbst fertig. Jetzt ist der gegebene Moment, wo man mit der Arbeit beginnen muß. Dann wird man im Sommer ein modernes Kleid besitzen. Und modern kann man in diesem Jahre fast mit best. i. k. übersehen. Es gibt kaum ein schickes Kleid, das nicht irgendwo bestickt ist. Alle Techniken, von der amüsanten, aufgerauten Wollstickerei, der Smyrnaarbeit, die in der Konfektionsprache Freistickerei genannt wird, bis zum guten altvertrauten Kreuzstich. Das frühere, lästige Durchpausen des Nüstern, das gewiß vielen Damen die Luft am Sticken eines Kleides verdoeben hat, fällt heute fort. Die Technik ist so weit vorgeschritten, daß man mit Hilfe des



K 1082. Kleid mit Faltenrod u. Sweaterleibchen mit leichter Stickerverzierung.  
K 1056. Kleid mit neuartigen Schürzenteilen u. reicher, bunter Wollstickerei.  
K 599. Sommerkleid mit bunter Kreuzstickererei u. schmalem Stoffbürtel.

Allein - Schnittmuster mit genauer Beschreibung in Größe L, II, III sowie Allein - Handarbeitsmuster K 1082 überall erhältlich.  
Allein - Schnittmuster mit genauer Beschreibung in Größe L, II, III sowie Allein - Handarbeitsmuster K 1056 (doppelt) überall erhältlich.  
Allein - Schnittmuster mit genauer Beschreibung in Größe L, II, III sowie Allein - Handarbeitsmuster K 599 (doppelt) überall erhältlich.

Allein-Handarbeitsmusters durch einfaches Aufbügeln das Muster überträgt. Wo bringt man nicht alles Stickerei an! Hier zieht sich eine gestickte Vorte in großzügigen Linien um das Sweaterleibchen eines Kleides in der Farbe des Faltenrodes, der das Ganze vervollständigt. Dort betont sie die neue flache Schulterlinie, schmückt die Pagodenärmel außen oder neuerdings auch innen, belebt die mehr oder minder großen Kragen und beschwert vor allem die Schürzenteile, die vorn oder seitlich über den Rocksaum herabhängen — charakteristisch für die Mode von 1921. Auch als Unterbrechung der Vorderbahn werden eingestickte Vorten viel Erfolg haben, selbst das Streumuster ist wieder zu finden. Als Stickereien wirken auf lichten Farben bunt gestickt sehr hübsch; man erprobt neuerdings aber auch die Wirkung der Stickerei auf dunklem Grund. So ist zum Beispiel ein dunkelblaues Leinen- oder Frotteestück reizend mit leuchtend tomatenroter Stickerei, die den Rock umrandet. Es wird nun nur darauf ankommen, möglichst früh mit dem Sticken des Kleides zu beginnen, damit es zur Zeit fertig wird und am ersten warmen Sommertage paradiere kann.  
Anna P. Wedekind.

#### Reklameteil.

### Verlangen Sie

zum Reinigen und Auffrischen Ihrer Möbel immer nur das allpolierten, lackierten und gebeizten Möbel gemein beliebte garantiert unschädliche

### KIWA

Preis nur Mk. 4.— per Fl. Zur Frühjahrs-Reinigung unentbehrlich. Rittor-Drogaria, Carl Serva, in Hirsau bei Emil Kerner.



**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Die Kleinbändler wollen die Zuckermärkte am Freitag, den 18. März vormittags von 8-10 Uhr auf dem Rathaus abliefern.  
Auf Lebensmittelmarken Nr. 237 kann bis Samstag, den 19. März Käse, auf Nr. 233 Getreide bestellt werden.  
Die Kleinbändler wollen die Bestellmarken am Montag, den 21. März vormittags von 8-9 Uhr auf dem Rathaus abliefern.

**Fuhrakkord.**  
Das gesamte städt. Fuhrwesen und die Befuhr des Holzes für die städt. Gebäude wird am **Samstag, den 19. März 1921, vormittags 11 Uhr** im öffentlichen Absteich veräußert.  
Calw, den 16. März 1921.  
Stadtspflege: Fren.

**Meßgerinnung Calw u. Bezirk**  
Von heute ab wird statt frisches Fleisch **Gefrierfleisch d. Pfd. zu 6 Mk.** verkauft.  
Der Ausschuss.

**Zur Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen, sowie Klingel-Anlagen, Reparatur an Motoren usw.**  
empfehlen sich **Adolf Braun, Calw.**  
Installations-Geschäft, Biergasse 128

**Brenn-Spiritus** ist eingetroffen!  
Freigabe ist am 15. ds. Mts. erfolgt.  
Brennspiritus ist von jetzt ab jede Menge ohne Marken bei mir und den Verkaufsstellen erhältlich.  
Preis pro Liter Mk. 6.65 ohne Flasche  
**Ch. Schlatterer, Calw.**  
Vertriebsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.

**Lüchtige, selbständige Elektromonteuere** für Hausinstallation u. Ortsneubau gesucht.  
Zeugnisabschriften erbeten an **Kocher & Stapp, Ehingen a. d. Donau, Ingenieurbüro für elektrische Licht- und Kraftanlagen.**  
1 Kuh mit dem 1 ein-  
1. Kalb, 1 7 Mon. Kind  
und einen sehr wach samen **Wolfs-Spiger** hat zu verkaufen.  
Fr. Koch, Zavelstein.

**Versteigerung.**  
Unterzeichnet versteigert am Samstag, den 19. März 1921, von 10 Uhr ab folgende Gegenstände:  
**Wagen, Räder, Achsen, Risten, Beile, Hexte, Sägen, Spaten, Sillengeschirre, Stränge, Rummete, Riemen (kleine u. große) Leder für Sattler und Schuhmacher und sonst Verschiedenes.**  
**Christian Mayer, Höfingen, Telefon 95.**  
Eisen und Metalle.

**Forstamt Liebenzell.**  
Ermöglicht Entscheidung des Finanzministeriums ist den **Holzhuern**  
**Mathäus Kirn } in Zainen**  
**Gottlieb Hölzle } in Zainen**  
**Wilhelm Walz in Möttingen**  
in Anerkennung ihrer langjährigen, treuen Dienstleistungen in den Staatswaldungen  
**je eine Urkunde nebst Geldbelohnung v. 50 Mk.** aus der Forstkasse bewilligt worden.  
Forstamt: Walz.

**Mitbürger, Mieter!**  
Der Haus- u. Grundbesitzer-Verein Calw veruchte in seinem gestr. Artikel und wie früher schon mit vielen Worten unsere Tätigkeit anzugreifen und sich als beleidigter Friedensengel auszugeben. Diese schriftstellerischen Ergüsse, die meist nur die Gedanken einiger weniger Herren „Berater“ sein dürften, werden selbst von der Mehrzahl der Mitglieder des Haus- und Grundbesitzer-Vereins mißbilligt.  
Zur Richtigerstellung des gestrigen Artikels möchten wir bemerken, daß die Wohnungseinstufungskommission seinerzeit nur auf Grund eines Bezirksrats-Beschlusses gebildet wurde und nur in Tätigkeit treten sollte, wenn das Bezirks-Nieteneinigungsamt den Antrag zur Schöpfung stellt. Es ist uns unbenommen, warum der Haus- und Grundbesitzer-Verein die Regelung der Mietstreitfälle vor dem Mieteneinigungsamt so sehr scheut.  
Während der Tätigkeit der Kommission hat sich nach verschiedenen Umfragen in anderen Städten ergeben, daß die hier lediglich auf Petitionen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins in überreiter Weise vereinbarten Mindestsätze für Mieten in Anbetracht der meist mangelhaften Beschaffenheit der Wohnunnen viel zu hoch sind. Die weitere Auswirkung dieser Sätze kann daher nur zu dauernden Streitigkeiten führen. Aus diesem Grunde und in Erwartung des Reichsmietengesetzes hat wir unsere bei der Schöpfungskommission tätigen Mitglieder angewiesen, nur bei denjenigen Schöpfungsausschüssen mitzuwirken, die auf Erlassen des Mieteneinigungsamts erfolgen sollen. Wir wollen nicht etwa gegen die Hausbesitzer allgemein und planlos vorgehen, wollen vielmehr nur neuen allen hohe Forderungen und Auswüchse Einzelner (und an solchen fehlt es hier nicht!) laschlich, aber keineswegs persönlich freunt machen. — Wir richten an den Haus- und Grundbesitzer-Verein die Frage: „Umfaßt Ihr Verein vielleicht sämtliche Hausbesitzer von Calw?“ Ob dem laschlichen Parteileiter die Haltung unseres oder des Haus- und Grundbesitzer-Vereins besser imponiert, lassen wir dahingestellt. Ist etwa der gestrige Artikel dieses Vereins laschlich?  
Auf die 93 Proz. Mieter der Bevölkerung gegenüber den restlichen 7 Proz. Vermieter werden wohl bei der Gesetzgebung auch die körperschaftlichen Parteien Rücksicht nehmen müssen. Die Behauptung, daß unsere Vertreter bei Festsetzung der Mindestpreise für Mieten über die vorgeschlagenen Sätze hinausgegangen sind, ist eine Verdrehung des wirklichen Sachverhalts. Durch die Drohungen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, eine Kommission zur Schöpfung der Wohnunnen zu bilden, in der der Mieterverein nicht vertreten ist, lassen wir uns nicht hange machen und werden nötigenfalls schon geeignete Maßnahmen hiergegen treffen. Mieter auf den gestrigen Artikel des Haus- und Grundbesitzer-Vereins einzuweichen, müssen wir uns zunächst verweigern, da wir eben nicht über Mitglieder verfügen, die ihre „kostbare“ Zeit dem Verein voll und ganz zur Verfügung stellen können. Nach wie vor werden wir bestrebt sein, bestehende Mißstände entgegen aller Verdächtigungen friedlich zu lösen und eine aerechte Grundlage für die Mietrente zu haben bestrbt sein. Mieterinteressen sind am besten durch den Mieterverein vertreten. Nur Einigkeit macht stark. Darum tretet alle ohne Standesunterschied zusammen, ein bei.  
**Mieter-Verein Calw E. V.**  
Seite abend wieder kostenlose Beratung für Mitglieder von 6-1/2 Uhr.

**Gärtringen.**  
Garantirt reines **Moßmöl, Rapsöl, Leinöl,** sowie **Delkuchenmehl** hat zu billigt gestellten Preisen abzugeben.  
Delmühle Gärtringen, **W. Guhl, Telefon 11.**  
Gut möbliertes **Zimmer** auf 1. April gesucht.  
Ritterdrogerie Calw.

Die **Raninchenzüchtervereine des Neckarlandes** halten am **Sonntag, den 20. März 1921, nachmittags 3 Uhr,** einen Vortrag in der **Bräuerei Dreß,** Redner: **Bundesvorstand Spohn** aus Ehlingen.  
Thema: **„Raninchenzucht und deren volkswirtschaftl. Bedeutung.“**  
Zu dem Vortrag ist jedermann, auch Frauen, eingeladen.  
Der Vorstand.

**Möttingen, 15. März 1921**  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres treubestorgten, unversehrten Vaters, Bruders und Schwagers **Wolff Mammel, Lammwirt** erfahren durften, insbesondere den Schwestern des Krankenhauses, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, für den erhebenden Gesang der Vereine und für die überaus zahlreiche Beilegung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.  
Die trauernde Gattin: **Marie Mammel, mit ihren Kindern**

**Sgelsloch, den 16. März 1921.**  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche mir während der kurzen Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben, unversehrlichen Mannes, unseres guten, treubestorgten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels **Georg Rusterer, Tischwirt** erfahren durften, besonders für die zahlreiche Beilegung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte, für den Gesang des Kirchenchors unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Gugeler, dem Herrn Vikar Häpser für seine trostreichen Worte, dem Herrn Mich. Holzäpfer für seine rührende Ansprache u. Kranzmederlegung namens des Veteranenvereins Altbürg und Umarmung, Herrn Landwirt Löhner von Schönbühl für die Kranzniederlegung namens des Bezirkswirtschaftsvereins Neuenbürg, ja e ich hiemit im Namen der trauernden Hinterbliebenen herzlichsten Dank.  
Die trauernde Gattin **Magdalene Rusterer.**

**Plannkuch & Co.**  
Sehr preiswerte **Flaschen-Weine:**  
**Haushalt-Wein** weiß 8.60  
**Tischwein** weiß 9.60 rot 12.—  
**Medoc** vorzüglichster roter Krankenwein 16.—  
Alles in ganzen Flaschen mit Steuer.  
Für die leere Flasche wird 60 Pfa. zurückvergütet.  
**Plannkuch & Co.**  
G. m. b. H.

**la Kern-Seife** 300 Gr. Doppelstück N. 4.50  
**Spiritus** (marken-rein) empfiehlt **R. Hauber.**  
Neuen oder gebrauchten **Schreibttisch** billig zu kaufen oder zu mieten gesucht.  
**Serienheim Mönchthal** Hof Mönchthal-Neuhauhen.  
Sedes Quantum **Saat- und Speise-Kartoffeln** haben billig abzugeben  
**Gebüder Schlenderer, Unterreichenbach.**  
**Fahrrad** mit Gummibereifung zu verkaufen.  
**E. Staab, Liebenzell.**  
Eine schwere **Rug- u. Schaff-Rug** täglich 7 Lit. Milch gebend, und zwei Paar **Läufer-Schweine** verkauft  
**Matth. Volz, Altbühl.**

**Zu beachten!**  
Gute starke **Schuhwaren** für Erwachsene und Kinder sind zu haben **o. Karl Stoll, Spangasse.**  
**Bodenwachs** **Stahlspäne** **Sufsbodenöl** empfiehlt **Ch. Schlatterer.**  
Zavelstein.  
Einen neuen Einspanner **Leiterwagen** 25 Hk Tragkraft, sowie eine **Rug** zum Schlachten, hat zu verkaufen.  
**Gottlob Kempr, Schmidmeister.**  
Dachtel.  
Einen verschalten, neuen **Einspanner-Leiterwagen** sowie eine neue **Feldschmiede** (sie unter 2 die Wahl), sehr dem Verkauf aus.  
**Friedrich Gehring.**

Einen fast neuen **Roufirmanden-Hut** hat zu verkaufen.  
Wer? fragt die Geschäftsstelle ds. Bl.  
Zwei Eimer guten **Apfelmöst** hat zu verkaufen.  
**Gottlieb Weber, Hirzau.**  
Ein in der Mitte der Stadt Calw gelegenes **Wohn-Haus** für Handwerker geeignet, zu verkaufen.  
Angebote unter L. V. 61 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.  
Sehr gut erhaltenes, großes **Tafel-Klavier** hat zu verkaufen.  
**D. Stürner, Leudersheim.**  
Habe im Auftrag zu verkaufen:  
**1 Anzug** (für mittlere Größe),  
**1 Rock m. Weste** (für korpulente Figur),  
**1 Damen-Kantel** (für mittlere Größe).  
Sämtliches sehr gut erhalten.  
**R. F. Schühle jr., Schneidemeister, Altbürgerstraße 25.**  
**Drucksachen** liefert rasch u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

**Nation**  
A. H. nationale  
wir in den letzten Jahren die nationale Politik ist viel Takt und diplomatisch ja Kaiser Wilhelm so sehr ist mich ferner in erster Linie darf sich nicht durch das Geschehen abdrängen lassen.  
Der Versuch der Entern vernichten, hat bei uns die wativen bis zu den Reichminister Dr. Simons in schlüsse verweigerte, hand schen Volkes hinter ihm.  
Leider wird heute diesen Tagen ihres Bestandes nänlich seit Monaten wieder bergund, welche die nationalen, mit überflüssigen Hege gelnern verwechseln, welche feldung der früheren Wehr drängen sich vor, welche 100 Jahre vergangen sind, den Wiederaufbau unseres eitelung jedweder Verständhandenen Nachverhältnisse Die Pariser Forderungen darüber hinaus ist es es in alle Welt hinauszu ungültig sei. Kein Pfen nachgelassen, im Gegenteil nach dem Bericht Dr. Sim noch schlechter werden. S wieder in ein Nichts zu sen und Lamentieren an kein besonderer Dienst ern aber auch nicht, so gerne mit Recht hat Dr. Simons wir, obgleich die Verhand sind, nun trotzdem unser müssen. Die Anst, als ich die Gegend zerrissen h für uns soll der Friede k Wäghäfen“ (Simons am  
Diesenjenigen, welche in missionen demonstrieren, Dienst erwiefen. Niederrur nur schaden, weil hinter d Macht steht. Phrasen er Alle Macht befindet sich a Recht sprach Reichsminis gefesselt durch den Vertrag nicht abstreifen können, in Betrag verlegt, er gilt nie wir die Macht dazu haben der technischen Gewalt un in allerlehter Not, unsere gangen ist, nochmals zum Wöchten es alle Führer ausforderungen und Dr unsere traurige Lage gegen wandte sich kürzlich ein f die deutschgesinnete Zugen als in den letzten Tagen e tausenden die Faust ballt Führer werden sich numme werden sagen, sie allein se seid ja selbst im Kriege g geworden. Ihr müßt nun daß es zum wenigsten ge wenn man keinen mehr be maschinen und Bataillone und Senfen ergreifen tan auch, daß das deutsche Vo mehr die Waffen ei in der äußersten Notweh Gewalt tödlich und wider kann niemals die persön allein kann niemals die no